

N i e d e r s c h r i f t

**der 30. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Hauptausschusses am 20.03.2007**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal
Marktplatz 2
06100 Halle (Saale)

Zeit: 14:00 Uhr bis 14:30 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Oberbürgermeisterin Ingrid Häußler	
Herr Harald Bartl	CDU
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU
Herr Bernhard Bönisch	CDU
Frau Ute Haupt	Die Linkspartei. PDS
Herr Dr. Bodo Meerheim	Die Linkspartei. PDS
Frau Gertrud Ewert	SPD
Herr Gottfried Koehn	SPD
Herr Johannes Krause	SPD
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM
Herr Heinz Maluch	GRAUE
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP
Herr Dr. Hans-Jochen Marquardt	BG
Frau Dagmar Szabados	Bgm
Herr Egbert Geier	BG
Herr Dr. Thomas Pohlack	BG
Frau Kerstin Ruhl-Herpertz	Verw
Herr Thomas Willecke	Verw
Frau Annemarie Kraft	Verw

Entschuldigt fehlen:

Frau Isa Weiß	CDU	Vertreter Herr Godenrath
Herr Hendrik Lange	Die Linkspartei. PDS	Vertreter Herr Dr. Bartsch
Frau Heidrun Tannenberg	Die Linkspartei. PDS	Vertreter Herr Schramm
Frau Thea Ilse	WIR. FÜR HALLE.	Vertreter Herr Wolter
Herr Mathias Weiland	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Vertreter Herr Prof. Ehrler
Herr Eberhard Doege	BG	

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 30. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses wurde eröffnet und geleitet von **Frau Oberbürgermeisterin Häußler**.

Sie stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Oberbürgermeisterin Häußler bat von der Tagesordnung **abzusetzen**:

*TOP 5.1 Antrag der Stadträte Wolff/Schuh – Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE – zur Erstellung eines Fragebogens
Vorlage: IV/2006/06120*

Änderungen und Ergänzungen gab es zur Beschlussvorlage:

TOP 4.1 Jahresrechnung 2005 und Entlastung der Frau Oberbürgermeisterin
Vorlage: IV/2007/06312

Fehlenden Anlagen wurden verteilt zur Beschlussvorlage:

TOP 4.4 Fortschreibung des Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrages
Vorlage: IV/2006/06099

Herr Bönisch, Fraktion der CDU, fragte warum für den TOP 4.4 Anlagen verteilt wurden, obwohl der Finanzausschuss erst nach der Hauptausschusssitzung tagt. Es mache keinen Sinn, wenn der Hauptausschuss die Vorlage beschließt.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler antwortete, dass sich der Hauptausschuss vorbehaltlich des Votums des Finanzausschusses dazu äußern werde. Die Vorlage könne aber auch abgesetzt werden. Dann müsste aber eine Sondersitzung des Hauptausschusses durchgeführt werden.

Abstimmungsergebnis
zur geänderten Tagesordnung:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**
2. **Feststellung der Tagesordnung**
3. **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 24.01.2007 sowie der Sitzung vom 21.02.2007**
4. **Vorlagen**
 - 4.1. **Jahresrechnung 2005 und Entlastung der Frau Oberbürgermeisterin**
Die Abstimmung erfolgt vorbehaltlich des Votums des Finanzausschusses!
Vorlage: IV/2007/06312
 - 4.2. **Satzung zur Änderung der Hauptsatzung/Änderung der Zuständigkeitsordnung der Ausschüsse des Stadtrates sowie Regelung der Nachtragsinformation an den Vergabeausschuss**
Vorlage: IV/2007/06253
 - 4.3. **Nahverkehrsplan ab 2007**
Vorlage: IV/2006/05942
 - 4.4. **Fortschreibung des Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrages**
Die Abstimmung erfolgt vorbehaltlich des Votums des Finanzausschusses!
Vorlage: IV/2006/06099
5. **Anträge von Fraktionen und Stadträten**
 - 5.1. *Antrag der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE - zur Erstellung eines Fragebogens*
Vorlage: IV/2006/06120 **abgesetzt**
 - 5.2. **Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zur Radverkehrsförderung in der Stadt Halle (Saale)**
Vorlage: IV/2006/05997
 - 5.2.1 **Änderungsantrag der Linkspartei.PDS-Fraktion zum Antrag der Fraktion WIR.FÜR HALLE.-BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN-MitBürger zur Radverkehrsförderung in der Stadt Halle (Saale)**
Vorlage: IV/2006/06023
6. **Anfragen von Stadträten**
7. **Beantwortung von Anfragen**
8. **Anregungen**
9. **Mitteilungen**
 - 9.1. **Information zum Tarifwechsel am 01.08.2007 im Geltungsbereich des MDV**
Vorlage: IV/2007/06370

**zu 4.2 Satzung zur Änderung der Hauptsatzung/Änderung der
Zuständigkeitsordnung der Ausschüsse des Stadtrates sowie
Regelung der Nachtragsinformation an den Vergabeausschuss
Vorlage: IV/2007/06253**

Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig z u g e s t i m m t

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt zur Klarstellung und Ergänzung folgende Satzung zur Änderung der Hauptsatzung:

Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Halle (Saale)

Aufgrund der §§ 6, 7 und 44 Abs. 3 Nr. 1 Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt (GO LSA) (GVBl. LSA 1993, S. 568), zuletzt geändert durch Gesetz zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften vom 16.11.2006 (GVBl. LSA 2006, S. 522) beschließt der Stadtrat zur Klarstellung und Ergänzung die Satzung zur Änderung der Hauptsatzung vom 15.12.2004, geändert durch Änderungssatzung vom 31.08.2005.

- I. In § 6 Abs. 1 Ziff. 5 werden nach „Vergabe von Bauleistungen (VOB)“ die Worte „*und Nachträgen*“ eingefügt.
 - II. In § 6 Abs. 5 Ziff. 1 werden nach „Vergaben städtischer Aufträge“ die Worte „*sowie Nachträge*“ eingefügt.
 - III. Diese Änderungssatzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.
-
2. Die Zuständigkeitsordnung der Ausschüsse des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) wird in I. Beschließende Ausschüsse im Sinne § 47 Abs. 1 GO LSA Ziffer 3 Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben nach VOB, VOL und HOAI im Abschnitt Entscheidungsbefugnisse Ziff. 1 wie folgt ergänzt:

Nach den Worten „Vergaben städtischer Aufträge“ werden die Worte „*sowie Nachträge*“ eingefügt.
 3. Der Vergabeausschuss wird regelmäßig mindestens vierteljährlich über die Realisierung der vergebenen Aufträge (*inkl. der Nachträge*) informiert.
-

zu 4.3 Nahverkehrsplan ab 2007
Vorlage: IV/2006/05942

Frau Oberbürgermeisterin Häußler erklärte, dass die Beschlussvorlage heute im Hauptausschuss behandelt werde, weil der Punkt 3 des Beschlussvorschlages im Finanzausschuss nicht beraten werden konnte, da er später erst dazu kam.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig z u g e s t i m m t

Beschlussvorschlag:

1. Dem Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2007 wird im Grundsatz zugestimmt.
 2. Die Verwendung der finanziellen Mittel aus dem ÖPNVG-LSA, § 8 (3) wird entsprechend Anlage 3 für das Jahr 2007 bestätigt.
 3. Der Vergabeausschuss des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) wird in die Vorbereitung der Entscheidungsfindung bei einer Vergabe der Verkehrsleistungen im Genehmigungswettbewerb nach § 13 PBefG auf dem Stadtgebiet von Halle (Saale) einbezogen.
-

zu 4.4 Fortschreibung des Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrages Vorlage: IV/2006/06099

Frau Oberbürgermeisterin Häußler erklärte, dass die Abstimmung vorbehaltlich der Zustimmung des Finanzausschusses erfolge.

Herrn Roesler, Teamkoordinator Verkehrsentwicklungsplanung, machte Ausführungen zu den Anlagen der Vorlage.

Anlage 1 Qualitätsstandards zur Gewährleistung einer hochwertigen ÖPNV-Bedienung in der Stadt Halle (Saale)

Anlage 2 Erschließungsqualität (Differenzierung nach Stadtgebieten)

Anlage 2 a + b seien in den Unterlagen nicht vorhanden, da es sich um sensibles Material der HAVAG handelt. Im fertig gestellten Vertrag werden diese Zahlen dann enthalten sein.

Anlage 3 betreffend die Einzugsgebiete aus dem Nahverkehrsplan

Anlage 4 Bedienhäufigkeitshaltestellen der Straßenbahn

Anlage 5 Anschlusspunkte der fahrplanmäßigen Übergänge

Anlage 6 wird zurzeit noch mit der HAVAG erarbeitet
(Hier geht es um zwei Haltestellen, die Eigentum der HAVAG sind.)

Anlage 7 Endstellen, wo Sauberheitskontrollen durchgeführt werden sollen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Die Abstimmung erfolgt vorbehaltlich des Votums des Finanzausschusses!

Abstimmungsergebnis: einstimmig z u g e s t i m m t

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage des in der Anlage beigefügten Entwurfes, mit der HAVAG einen Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag abzuschließen.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 5.2 Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zur Radverkehrsförderung in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2006/05997**

**zu 5.2.1 Änderungsantrag der Linkspartei.PDS-Fraktion zum Antrag der Fraktion WIR.FÜR HALLE.-BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN-MitBürger zur Radverkehrsförderung in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2006/06023**

Herr Dr. Meerheim, Fraktion Die Linkspartei. PDS, erläuterte, dass diese Vorlage im Februar im Finanzausschuss, einschließlich des Änderungsantrages seiner Fraktion, behandelt wurde. Diese Änderung sei jetzt in dem vorliegenden Beschluss des Finanzausschusses enthalten, so dass der eigentliche Antrag nicht mehr zur Debatte stehe.

Herr Wolter, WIR. FÜR HALLE. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger, ergänzte, dass durch unterschiedliche Voten im Planungs- und Finanzausschuss der Punkt 2 noch zur Diskussion stehe.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis: einstimmig z u g e s t i m m t

Beschlussvorschlag (in modifizierter Form):

- 1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für die in der Radverkehrskonzeption der Stadt Halle (Saale) beschriebenen „Radrouten mit Priorität“ sowie die Zieltrasse des Saale-Radwanderweges (Hauptroute) eine Übersicht über die notwendigen Investitionsmaßnahmen zuzüglich laufender Instandsetzungskosten zur Gewährleistung von sicheren verkehrlichen Bedingungen für den täglichen Radverkehr zu erstellen. In einer solchen Übersicht sollen die zu realisierenden Maßnahmen prioritär gewichtet und Kostenschätzungen einschließlich der zur Verfügung stehenden Fördermittel angegeben werden.**
- 2. *Zukünftig ist bei allen Straßenbauvorhaben die Radverkehrsfreundlichkeit der jeweiligen Maßnahme zu prüfen. Dem Stadtrat ist in diesen Fällen eine entsprechende Stellungnahme des Radverkehrsbeauftragten der Stadt vorzulegen. Einmal jährlich wird im Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben über den erreichten Stand der Umsetzung des Radverkehrskonzeptes aus dem Jahr 1995 berichtet.***
- 3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, unter welchen finanziellen Rahmenbedingungen und mit welchen strategischen Partnern eine kommunale Marketingkampagne „Halle fährt Rad“ durchgeführt werden kann.**

**zu 5.2.1 Änderungsantrag der Linkspartei.PDS-Fraktion zum Antrag der Fraktion WIR.FÜR HALLE.-BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN-MitBürger zur Radverkehrsförderung in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2006/06023**

Beschlussvorschlag:

Der Antrag der Fraktion WIR.FÜR HALLE.- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN- MitBürger wird im 1. Punkt wie folgt geändert :

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für den Bereich der stadtteilverbindenden Fahrradrouen eine Übersicht über die notwendigen Investitionsmaßnahmen zuzüglich laufender Instandsetzungskosten zur Gewährleistung von sicheren verkehrlichen Bedingungen für den täglichen Radverkehr zu erstellen. In einer solchen Übersicht sollen die zu realisierenden Maßnahmen prioritär gewichtet und Kostenschätzungen einschließlich der zur Verfügung stehenden Fördermittel angegeben werden.

Abstimmungsergebnis: nicht beraten, wurde von der Verwaltung übernommen

zu 6 Anfragen von Stadträten

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE bat um eine Information zum Verfahren des Stadionneubaus.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler erläuterte, dass das Verfahren mit den beiden zur Debatte stehenden Investoren noch laufe, da sich die Stadt mit dem gemachten Vorschlag der Investoren nicht identifizieren könne. Den Investoren wurde hierzu eine Frist zur Äußerung gesetzt.

Herr Godenrath, Fraktion der CDU,sagte, dass er bezüglich einer Pressemitteilung zum Stadionneubau beim Landesverwaltungsamt nachfragte und die Information bekam, dass eine Stellungnahme ihrerseits nicht vorliege. Der Inhalt der Veröffentlichung wäre aber zutreffend.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler äußerte, dass sicherlich nicht jeder Fakt gemeint sei, sondern die Tatsache, dass kein beschlossener Antrag vorliegt. Dies könne auch nicht sein, weil die Fördermittelzusage des Landes davon abhängig sei, ob die Stadt eine positive kommunalaufsichtliche Stellungnahme bekommt. Die Stadt werde durch das Stadion keine zusätzliche Belastung haben, weil nur dieselben Kosten wie im Kurt-Wabbel-Stadion entstehen. Das Landesverwaltungsamt könne sich aber nicht positiv dazu äußern, weil es eine freiwillige Ausgabe der Stadt sei und wir uns im Konsolidierungsprozess befinden. Es liege auch kein Antrag vor, weil die Stadt nicht weiß, was eingereicht werden soll. Deshalb sind die geführten Gespräche durch Herrn Doege noch nicht zum Abschluss gekommen.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion Die Linkspartei PDS bemerkte, dass dann die Ausschreibung aufgehoben werden müsste, weil sie dem Ausschreibungstext nicht mehr entspricht.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler verneinte dies, da die Stadt sich im Verhandlungsverfahren befindet und die Investoren Bedingungen formulierten, mit denen die Stadt nicht einverstanden sei. Deshalb die geforderte, neue Positionierung der Investoren.

Herr Bönisch, Fraktion der CDU, fragte, wie viel Zeit den Investoren eingeräumt wurde.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler sagte eine Antwort in der nächsten Sitzung des Stadtrates zu.

Frau Dr. Bergner, Fraktion der CDU, fragte nach dem Stand der Ausgliederung betreffend Singschule und ob bzw. in welcher Form sich der Stadtrat damit befasst.

Herr Dr. Marquardt, Beigeordneter für Kultur und Bildung, informierte, dass hierzu eine entsprechende Beschlussvorlage für den Stadtrat vorbereitet werde.

Frau Dr. Bergner bezog sich auf einen Beschluss, dass anteilig eine Mitfinanzierung aus dem Sozialbereich erfolgen soll und fragte, ob es bei der Beschlussvorlage berücksichtigt werde.

Frau Bürgermeisterin Szabados antwortete, dass es hier um städtisches Geld und Einsparungen geht. Diese Einsparungen werden gemeinsam zu erreichen sein.

Frau Wolff fragte nach einem Anschreiben bezüglich freiwilliger Leistungen an die Vereine.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler antwortete, dass dieser in den nächsten Tagen verschickt werde.

Herr Bönisch, Fraktion der CDU, fragte nach einem Schreiben zu inhaltlichen Aussagen der Bundespolizei, welches an die Fraktionen gehen sollte.

Herr Godenrath, Fraktion der CDU, warf ein, dass dieses Schreiben in der Fraktion eingegangen sei.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

zu 7 Beantwortung von Anfragen

Antworten lagen nicht vor.

zu 8 Anregungen

Anregungen gab es nicht.

zu 9 Mitteilungen

**zu 9.1 Information zum Tarifwechsel am 01.08.2007 im Geltungsbereich des
MDV
Vorlage: IV/2007/06370**

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler beendete die 30. öffentliche Sitzung des
Hauptausschusses.

Ingrid Häußler
Oberbürgermeisterin

Kraft
Protokollführerin